

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Notfallvorsorge im Strahlenschutz verbessern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die personelle Ausstattung der IMIS-Messstelle des Landes gemäß den „Empfehlungen über die Mindestausstattung von Landesmessstellen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz“ (erarbeitet vom Arbeitskreis Umweltradioaktivität des Länderausschusses für Atomkernenergie, 2015) sicherzustellen und damit den Normalbetrieb der IMIS-Messstelle sowie ihren Intensivbetrieb in Notfallsituationen zu gewährleisten.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Der Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung ist ein wichtiger Bestandteil des staatlichen Vorsorge- und Schutzsystems und sollte angesichts der aktuellen Gefährdungslage im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im besonderen Fokus stehen. Um kontinuierlich die Radioaktivität in der Umwelt zu messen und Notfallsituationen richtig einschätzen zu können, betreibt der Bund in Kooperation mit den Ländern das integrierte Mess- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität (kurz IMIS). Es überwacht die Umweltradioaktivität kontinuierlich in allen Umweltbereichen, erfasst bei einem Unfall die radioaktive Kontamination der Umwelt und ermittelt die zu erwartende Strahlenbelastung.

Aus den Antworten der Landesregierung auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage (Drucksache 8/542) ergibt sich, dass die personellen Ressourcen der einzigen IMIS-Messstelle des Landes in Stralsund weder für den Normalbetrieb noch für die Bewältigung der Aufgaben in einem Notfall ausreichend sind. Diesem Missstand gilt es, schnellstmöglich abzuwenden.